

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

4. Jahrgang 1956

4. Heft/Oktober

HANS ROTHFELS

GESELLSCHAFTSORDNUNG UND KOEXISTENZ

Es hat sich so gefügt, daß dieser Vortrag¹ am Vorabend des 20. Juli gehalten wird, der im geistigen Raum der Universität, mehr noch als irgendwo sonst, nicht unvermerkt und unbeachtet vorübergehen sollte, auch wenn nicht jedes Jahr in einer besonderen Veranstaltung ausdrücklich das Gedenken erneut werden kann. Sehr ungesucht indessen bietet sich eine gewisse, wenn auch teilhafte, Bezugnahme auf das Vermächtnis der deutschen Opposition von dem speziellen Thema her an, um das es uns hier geht. Wenn das Vielfältige an Kräften und Antrieben, das in verschiedenen Richtungen und Kreisen der deutschen Widerstandsbewegung aufbrach, wenn das, was Katholiken und Protestanten, Konservativen und Sozialisten gemeinsam war, in einem zusammengefaßt werden kann, so war es die Rettung, die Bewahrung oder vielmehr die Wiederherstellung des Menschen und Menschentums, nachdem es so unvorstellbar tief herabgewürdigt war. Das sei die „eigentliche Frage“, so hat es Graf Moltke ausgedrückt, vor die Europa nach dem Krieg gestellt sein werde, weniger eine von „Grenzen und Soldaten, von wasserkopffartigen Organisationen und großartigen Planungen“, sondern „die, wie das Bild des Menschen im Herzen unserer Mitbürger wiederhergestellt werden kann“. Mit anderen Worten, die Männer des deutschen Widerstands wußten, daß aller Wiederaufbau, national und international, von der Rehabilitierung der Menschenwürde abhing. Es war keine Phrase, wenn einer von ihnen dem Bischof von Chichester gegenüber die Überzeugung der Opposition dahin aussprach: Die grundlegenden Prinzipien nationalen und gesellschaftlichen Lebens innerhalb des Bundes freier europäischer Völker sollten ausgerichtet sein oder wieder ausgerichtet werden „nach den Fundamentalsätzen christlichen Glaubens und Lebens“.

Aber freilich, wie diese Fundamentalsätze, wie die Leitgedanken europäischer Zivilisation und die unabdingbaren Werte humaner Existenz praktisch im einzelnen

¹ Er ist als letzter einer „Ringvorlesung“ an der Tübinger Universität und danach an der Freien Universität Berlin und an der Universität Bonn gehalten worden. Daß die mehr politischen Ausführungen am Schluß ebensowenig wie die allgemeinhistorische Unterbauung aus dem Rahmen der „Zeitgeschichte“ herausfallen, darf im Sinne der den „Vierteljahrsheften“ zugrunde liegenden prinzipiellen Ansicht in Anspruch genommen werden. Die Vortragsform ist im allgemeinen beibehalten und auf Einzelnachweise verzichtet worden. — Die Ringvorlesung wird als Ganzes unter dem Titel „Der Mensch im kommunistischen System“ als Band 8 der „Tübinger Studien zur Geschichte und Politik“ bei J. C. B. Mohr erscheinen.

auf die Gesellschaftsordnung anzuwenden oder innerhalb der Gesellschaftsordnung zu verwirklichen seien, darüber mochten die Meinungen weit auseinandergehen. Begreiflich genug, daß so manchem unter dem Druck eines totalitären Regimes die Rückkehr zum System des freien Wettbewerbs als Inbegriff bürgerlicher Ordnung und einzige Rettung erschien. In der Tat sollte es sich in der konkreten Wirklichkeit eines Jahrzehnts erweisen, daß ohne weitestgehende Abstreifung bürokratischer Fesseln und ohne Freisetzung persönlicher Initiative und auch des persönlichsten Gewinnstrebens ein Wiederaufstieg, der bei der Tiefe des Falls der stärksten individuellen Hebelkräfte bedurfte, kaum möglich gewesen wäre. Aber für einen Mann mit den sittlichen Überzeugungen eines Goerdeler war die Freisetzung solcher Hebelkräfte freilich nicht gleichbedeutend mit der Entfesselung beliebiger Egoismen, sie sollten gebunden bleiben an die Gesetze anständigen Verhaltens zwischen Menschen, an die Achtung der Persönlichkeit im Nächsten und die Verantwortlichkeit des Besitzes. Am anderen Pol gesellschaftlichen Denkens standen die Männer, besonders des Kreisauer Kreises, für die mit der bolschewistischen Revolution eine weittragende Entscheidung für das 20. Jahrhundert auch in Europa gefallen war, nicht anders als mit der französischen für das 19. Ihnen schien aufs neue ein Meilenstein erreicht, hinter den die Geschichte nicht wieder zurückweichen werde. Mochten sie im einzelnen Auflösung von Kartellen oder Landreform, Nationalisierung von Schlüsselindustrien oder Aufbau von Betriebsgemeinschaften fordern, für sie war die bürgerliche Ordnung des späten 19. Jahrhunderts ein Ding der Vergangenheit, das mit der Entfremdung des Menschen von sich selbst, mit seiner Einordnung in die anonyme Maschinerie der Diktatur den Weg geebnet hatte. Von dieser Grundhaltung aus waren sie jedoch zugleich gegen jede prosowjetische Illusion, gegen jede Verwechslung von sozialistischem Gehalt und stalinistischer Staatsapparatur gefeit; nichts lag ihnen ferner, als eine braune durch die rote Zwangsherrschaft ersetzen zu wollen. Es gelte, so hat es einer der Männer aus dem Widerstandskreis des Auswärtigen Amtes formuliert – Adam von Trott zu Solz, eine der interessantesten, auch heute noch vielfach verkannten Persönlichkeiten der Opposition –, es gelte, das Realprinzip des Ostens mit dem Personalprinzip des Westens zu vereinen.²

Es gehört wohl ohne Frage zum großen Verlustsaldo unserer Zeit, daß nicht nur die praktischen Widerstandspläne und Erhebungsversuche der deutschen Opposition erfolglos blieben und mit der Auslöschung wertvollsten Menschentums endeten, daß es ihr nicht nur nicht gelang, Deutschland und der Welt das Tiefste der Zerrüttung zu ersparen, sondern daß auch ihr Gedankengut recht eigentlich unausgetragen blieb. Abständig und überholt ist es darum gewiß nicht. Es mag uns vielmehr als ein erster Orientierungspunkt dienen für die Erörterung des Themas „Gesellschaftsordnung und Koexistenz“. Es mag uns vorab warnen gegen ein allzu gefälliges Bild der Selbstgerechtigkeit, als ob die westlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung etwas Sakrosanktes, etwas der geschichtlichen Dynamik Entzogenes

² Vom Verfasser gesperrt.

oder gar an sich schon identisch sei mit den Begriffen abendländisch-christlicher Kultur. Es mag dieses Gedankengut ebenso aber vorab eine Grenze andeuten auf dem Wege der Koexistenz im Sinne der von Moskau ausgegebenen entschärfenden Formel, eine Scheidelinie von Werten, zwischen denen Vermittlung nur bedingt möglich ist, weil sie im letzten die Würde des Menschlichen und damit das westliche Menschenbild angehen.

An sich ist Koexistenz ja, wie kaum gesagt zu werden braucht, ein Phänomen allen gesellschaftlichen Lebens. Sie ist, ohne das Wortspiel unbillig strapazieren zu wollen, mit der Existenz des Menschen selbst gegeben. Sie hat sich weiter über das Individuelle hinaus in großen Dualismen ausgeprägt, man könnte an den von Griechen und Barbaren, von Christen und Heiden denken. Es wird dem Historiker nachzusehen sein, wenn er, ohne so weit zurückzugreifen, doch das Bedürfnis verspürt, das Problem von Gesellschaftsordnung und Koexistenz als ein unserer Gegenwart aufgegebenes vor einen bestimmten geschichtlichen Hintergrund zu stellen. Nicht daß es sich dabei um Parallelen oder Analogien handelte, aus denen Folgerungen unmittelbar herzuleiten wären. So leicht gibt sich die Geschichte zur Nutzbarmachung nicht her, es sei denn, man beanspruche, in einer gesellschaftlichen Formel den Schlüssel aller Wahrheit zu besitzen. Aber bei richtiger Auswahl der Beispiele werden wir auf Grundverhältnisse des geschichtlichen Lebens geführt, die allerdings der Problemlage unserer Tage bis zu einem gewissen Grade vorausspielen, wobei das „bis zu einem gewissen Grade“ sehr zu betonen sein wird. Es ist dabei nicht an einen Dualismus zu denken wie den zwischen Valois und Habsburg oder den zwischen Frankreich und England oder Preußen und Österreich. Diese bezogen sich auf territoriale Fragen und Machtpositionen, die allemal, wenngleich zum Teil erst nach langem Abringem, der Kompromißlösung oder unwiderrufbarer Entscheidungen in einer sozusagen problemlosen Koexistenz fähig gewesen sind. Hier konnte auf Feindschaft und jahrzehntelange Kriege Einschüttelung, ja Entente und Bündnis folgen, wie denn die ganze Begriffswelt von „Erbfeind“ oder „Erzfeind“ politisch für uns heute einer sehr vergangenen Welt angehören dürfte. Das eigentliche und aktuelle Dilemma erscheint vielmehr da, wo über Staaten und Völker hin Systeme der Weltanschauungen oder der Sozialordnungen zu Gruppenloyalitäten oder auch Zwangsgemeinschaften führen, die den geschichtlichen Raum in zwei entgegengesetzte Lager, in zwei Weltparteien, zerfallen lassen.

Das ist in sinnfälligster Form im konfessionellen Zeitalter geschehen, als nicht nur ganz Europa und zum Teil auch seine kolonialen Dependenz von religiösen Fronten durchzogen wurden, sondern schon geeinte Nationen wie die englische aufzubrechen drohten und in Frankreich die Calvinisten mit ihren holländischen und deutschen Glaubensgenossen verbündet waren, die Katholiken aber mit ihren spanischen. Auch des sehr nahen Bezugs zu gegensätzlichen Sozialordnungen entbehrten diese Fronten nicht. Um sie ist ebenso zwischen Monarchie und Feudaladel gekämpft worden wie um den Glaubensstand. So kam es zu Religionskriegen, die zumeist auch Bürgerkriege waren, es kam zu leidenschaftlicher Hingabe wie zu Terrorakten schlimmster Art. Das Ergebnis war Koexistenz der Bekenntnisse, in

verschiedener Form in den verschiedenen Friedensschlüssen des 16. und 17. Jahrhunderts verbrieft, wobei man – und dies vielleicht nicht ohne einen gewissen Bezug auf die Gegenwart – zwei Phasen unterscheiden könnte. Eine war Koexistenz aus Ermüdung und Verzicht, aus der Einsicht, daß keine der Weltparteien die andere überwinden könne ohne Gefahr des Ausbrennens für das religiöse Leben selbst und ohne in Gesellschaft und Staat das Chaos heraufzuführen. Auf diese erste Phase folgt eine andere, die Indifferenz gegenüber den umstrittenen Lehrmeinungen sein mochte, die damit aus dem tatsächlichen Pluralismus zur Skepsis hintrieb, die aber auch innerlich angeeignete Koexistenz sein konnte, d. h. Bejahung der Vielfalt gegenüber erzwungener Uniformität, und die damit auf den Weg der Toleranz, d. h. zu einer gar nicht relativistischen, sondern grundsätzlichen Haltung, einer die Entscheidungsfreiheit achtenden Koexistenz führte.

Die zweite Welle der Überflutung und der Aufspaltung in Weltparteien geschah im Zeitalter der Französischen Revolution, die ja wiederum nicht in Staatsgrenzen eingeschlossen blieb und die nicht nur die Mächte des alten Europa und der alten Gesellschaft, des *ancien régime*, sich gegen die neue national-demokratische Republik des *tiers état* wenden oder diese sich erobernd über den Kontinent ausbreiten sah. Das Charakteristische war vielmehr aufs neue das Aufbrechen in gesinnungsmäßige und gesellschaftspolitische Fronten über den Erdteil hin, so daß eine gegenrevolutionäre Bewegung in Frankreich mit aristokratischen Emigranten und auswärtigen Feinden der Republik kooperierte, während Gruppen von Frankophilen in fast allen europäischen Ländern bestanden. Nur in Frankreich kam es zum Bürgerkrieg mit allem Grauen, das ihn zu begleiten pflegt. Anderwärts wurde die Sympathie mit der bürgerlichen Revolution durch Reformbewegungen abgefangen, die ohne den französischen Einfluß und Anstoß nicht wohl zu denken sind. So war es ein in Teilen erneuertes Europa, das die Universalmonarchie Napoleons niederwarf. Doch ging die Erschütterung so tief und war das Denken in universalen Fronten so eingewurzelt, daß es noch Jahrzehnte nach 1815 bestimmt hat, in der Abwehrstellung einer monarchisch-aristokratisch geordneten Gesellschaft gegen liberale und egalitäre Tendenzen, in der Stabilitäts- und Interventionspolitik Metternichs, verdünnt schließlich im Gegensatz zwischen liberalem Westen und konservativem Osten. Nur allmählich hat sich aus der realen Interessenlage der Staaten, wie sie vor allem im Nahen Orient und jenseits des Ozeans bestand, ein beweglicheres Spiel der internationalen Politik über die prinzipiellen Scheidelinien hin wiederhergestellt und damit zugleich auch eine innere Koexistenz, ein liberal-konservatives Mischungsverhältnis der sozialen und politischen Lebensformen je nach dem Stand der gesellschaftlichen Kräfte und der Eigenheit der nationalen Individualitäten.

In ihrem erfrischten Hervortreten sah Leopold von Ranke zu Anfang der 30er Jahre den Beweis, daß, wie schon einmal nach der konfessionellen Epoche, die Zukunft der Vielfalt gehöre, daß die horizontalen Überflutungen und die um zwei Pole zentrierten prinzipienhaften Querströmungen Ausnahmefälle der Weltgeschichte seien. In der Tat zeigte das spätere 19. Jahrhundert trotz Anarchistenfurcht und sozialistischer Internationale wenig von gesellschaftspolitischen Frontstellungen

über Staatsgrenzen und Völkerindividualitäten hin. Diese vertikalen Teilbereiche erwiesen sich vielmehr als relativ undurchlässig, Revolutionen blieben isoliert oder folgten auf Niederlagen, wie die der Kommune in Frankreich und die russische nach dem japanischen Krieg. Sie waren wohl warnende Signale, ergriffen aber nicht ganze Kontinente. Wird man dies darum als Normalfall des geschichtlichen Ablaufs gleichsam auffassen dürfen, wie es Ranke in einer Welt wiederbefestigter Ordnungen und in einer im wesentlichen auf die romanisch-germanischen Völker beschränkten Sicht mit einem gewissen Optimismus vorausszusehen meinte? Sind die Querströmungen und Überflutungen, die weltrevolutionären Tendenzen und Bürgerkriegssituationen, die heute global bestehen, auch nur episodenhaftes Zwischenspiel, nach dem sich ein Neben- und Miteinander wieder einstellt, und zwar nicht nur als Folge der Ermüdung, als Koexistenz im status quo, weil niemand ihn ohne Selbstvernichtung zu ändern vermag, sondern irgendwie doch wieder in der Vielfalt von Vermittlungen und Übergängen, in der Überwindung gesellschaftlicher Polaritäten innerhalb von Völkern, insbesondere von gewaltsam geteilten Nationen, wie ebenso auch zwischen ihnen?

Die Antwort auf diese Frage ist nicht vor auszunehmen, so sehr es gerade für Deutschland schicksalhafte Bedeutung haben muß, daß Koexistenz nicht bloße Verewigung des status quo bedeutet. Zum Glauben an das Episodenhafte grundsätzlicher Fronten wird sich freilich eine Generation schwerlich entschließen, der die letzten 40 Jahre erlebter Erfahrungsgehalt sind und der es in Deutschland zudem auferlegt gewesen ist, einen Elementarkurs gleichsam in den gewiß der Gefahr des Konventionellen ausgesetzten und doch so fundamentalen Begriffen von Freiheit und Unfreiheit des Menschen durchzumachen. Diese Fronten spielten im ersten Weltkrieg vor und traten an seinem Ende mit der bolschewistischen Revolution ins volle Tageslicht. Sie fanden extremen Ausdruck in der Phase 1919/20, als die bürgerlichen Demokratien des Westens im Bolschewismus noch eine vorübergehende Erscheinung sahen und den Weg der Interventionspolitik und der Unterstützung einer Bürgerkriegsfront beschritten und als der Osten seine Hoffnung auf kommunistische Gruppen in Europa, insbesondere in Mitteleuropa, setzte und im Polenfeldzug schließlich auf Trotzki's Marsch zum Rhein. Beides, bürgerliche Gegenrevolution und proletarische Weltrevolution, scheiterte im ersten Ansatz, wobei es ebenso wichtig gewesen sein dürfte, daß die Bolschewiki in der Abwehr gegen Fremde und Volksfeinde russisch-nationale Kräfte zu mobilisieren wußten, wie daß in Deutschland eine demokratische Gesellschaftsordnung sich behauptete. Die deutschen Mehrheitssozialisten, vom Osten als Sozialverräter gebrandmarkt, waren westlicher fast als die bürgerlichen Mittelparteien. Indem dann nach dem Scheitern beider Fronten die Bolschewiki sich auf die ungeheuren Aufgaben im Innern der Union, auf „Sozialismus in einem Lande“ konzentrierten, indem der Westen den Cordon sanitaire festigte und konservativ wurde in der Verteidigung der territorialen wie der sozialen Ordnung von 1919/20, kam es zu einer bestimmten Form der Koexistenz, wie denn dieses Schlagwort zuerst von den Sowjets 1922 schon ausgegeben wurde. Sie schloß Eintritt in normale diplomatische und wirtschaft-

liche Beziehungen ein, kapitalistische Konzessionen im Innern wie nach außen, aber nicht die Aufgabe des Fernziels revolutionärer Strategie. Vielmehr wurde dieses mit großer historischer Wirkung intensiviert durch die Übertragung des Ansatzes von den unterdrückten Klassen auf die unterdrückten Völker, die kolonialen und halb-kolonialen, deren Emanzipation dem Kapitalismus den entscheidenden Stoß versetzen sollte. Aber auch über Europa hin spielte die Komintern jene Rolle in großem Maßstab, die von den Frankophilen 130 Jahre früher in schüchternem Ansatz gespielt worden war. Im Prinzip stand ein revolutionärer Osten gegen einen konservativen Westen, in einer Zweiteilung ähnlich der des frühen 19. Jahrhunderts, nur daß die Fronten vertauscht waren und die östliche auf Grund der marxistischen Gesellschaftslehre und russisch-messianischer Erwartungen in ganz anderem Maße von dem Bewußtsein lebte, daß die Zeit für sie arbeite.

Nur ein Vorgang der 20er Jahre scheint aus diesem Schema der gesellschaftspolitischen Zweiteilung herauszufallen als eine Art Überbrückung. In Rapallo fanden sich bekanntlich Deutschland und die Sowjetunion in einem Verträge zusammen, der später durch den Berliner Vertrag in Form eines Neutralitätsabkommens verlängert wurde. Heute ist Rapallo zu einem Schlagwort geworden, und zwar gerade im Zusammenhang mit den Gegenwartsproblemen der Koexistenz und der damit so eng verbundenen Frage der deutschen Wiedervereinigung. Welcher Preis kann die Sowjetunion, den *beatus possidens*, bewegen, die Zone und die Satellitenregierung in Pankow aufzugeben, welch anderer Preis als die Einbeziehung ganz Deutschlands in ihr Macht- und Sozialsystem? Für so entscheidenden Gewinn würde sie wohl auch noch gern die Revision der Oder-Neiße-Grenze auf die Waagschale legen. Es ist eine, besonders im angelsächsischen Ausland, weitverbreitete Ansicht, man kann sie fast täglich hören oder lesen, daß Westdeutschland auf die Dauer dieser nationalen Versuchung, dieser machiavellistischen Trumpfkarte nicht wird widerstehen können, und unleugbar geben gelegentlich unbedachte oder undurchdachte Äußerungen solchem Verdacht Vorschub. Rapallo ist dabei der immer wieder angerufene Präzedenzfall. Es wird hier nötig sein, diese Scheinanalogie etwas näher zu erörtern, nicht nur weil das Ernstnehmen, das wirkliche oder vorgebliche, des Gespenstes von Rapallo die deutsche Politik jedes Vertrauenskapitals in der westlichen Welt berauben und rettungslos zwischen die Stühle fallen lassen würde. Hinzu kommt, daß die mißverständene geschichtliche Parallele, indem sie die Situation der 20er Jahre völlig verkennt, auch die eigentlichen Probleme der Koexistenz im heutigen Sinne auf ein falsches Geleise schiebt. Rapallo kam zustande unter dem Druck der westlichen Reparationsgläubiger, die man nicht wohl mit den Initiatoren des Marshallplans vergleichen kann, in deren Front man vielmehr damals die Sowjetunion einzubeziehen suchte. Demgegenüber fanden sich zwei schwache und isolierte Staaten. Denn auch die Sowjetunion rang ja noch um ihre Existenz, sie stand nicht als weit überlegene Militärmacht des Kontinents am Thüringer Wald. Deutlicher wird man den Unterschied der Situation nicht zu bezeichnen brauchen. Die beiden fanden sich in einer Revisionsfront, aber gerade nicht in einer gesellschaftspolitischen Front. Es sei keine Gefahr, so schrieb Seeckt

an den Zentrumskanzler Wirth, daß Deutschland durch ein diplomatisches Einverständnis mit Rußland bolschewisiert werde. Man glaubte, beide Linien strikt getrennt halten zu können, Antikommunismus im Innern und eine gewisse Anlehnung, außenpolitisch, militärisch, wirtschaftspolitisch, an das Mutterland der Dritten Internationale. Ob eine solche Schizophrenie auf lange hinaus aufrechtzuerhalten war, mag füglich bezweifelt werden. Sie in die gegenwärtige Situation hineinzudenken, führt zu vollem Widersinn. Es muß als unvorstellbar gelten, daß die Allianz mit einem übermächtigen Sowjetnachbarn gegen soziale Intervention und Penetration sollte abgedichtet werden können. Das steht als Realität hinter der „nationalen“ Parole, wonach Deutschland sich selbst vereinigen müsse. „Sie werden schon an Eure Tür klopfen“, heißt die neueste Version. Demgegenüber sind wohl alle verantwortlichen oder verantwortbaren Richtungen der westdeutschen Politik darin einig, und insbesondere mit allen, die in der Sowjetzone auf Befreiung harren, darin einig, daß eben Freiheit nicht für Einheit verkäuflich sein darf, gerade auch Freiheit nicht nur des einzelnen, sondern die der Bestimmung über die innere Ordnung. Freiheit nimmt auf der Tafel der Werte, die sich im nationalstaatlichen Jahrhundert noch anders las, eine bevorzugte Stellung ein, sie setzt insbesondere im Nachbarschaftsbereich einer Gesellschaftslehre, die Doktrin einer totalitären Staatsgewalt und einer Fremdherrschaft über andere Völker geworden ist, die Grenze zwischen Koexistenz und Kooperation.

Wie die 20er Jahre, so sahen auch die 30er noch einmal ein Scheinbild von Vielfalt und größerer Beweglichkeit. Jetzt standen ja drei Staats- und Gesellschaftssysteme nebeneinander, das bürgerlich-demokratische, das nationalsozialistische und das kommunistische. Wenn für die Sowjetinterpretation der Faschismus Endstadium des Monopolkapitalismus war und eben deshalb im Westen praktisch das Geschäft der Weltrevolution besorgte, wenn zwischen beiden totalen Systemen der internationale Bürgerkrieg dieser Jahre auf spanischem Boden ausgefochten wurde, so hatten sie doch in Organisationsform und Herrschaftsmitteln des Verwandten genug, um sie mit jener Plötzlichkeit der Wendung zusammenzuführen, über die nur Diktatoren verfügen. Wenn umgekehrt Osten und Westen unter dem Druck gemeinsamer Bedrohung sich im Völkerbund und in der Front kollektiver Sicherheit für eine Zeitlang fanden, so bestanden doch die prinzipiellen Gegensätze fort. Sie zeigten sich in der antikommunistischen Unterströmung der englisch-französischen Politik des Appeasement gegenüber Italien und Deutschland, im direkten Profaschismus verängstigter Kapitalisten, im nicht undeutlichen Bestreben mancher Kreise, Hitler gegen die Sowjetunion vorzuschieben oder – ernster zu nehmen – in der Sorge, daß ein europäischer Krieg, wie berechtigt immer er in der Abwehr sein möge, ins Chaos führen und im Sieg des Kommunismus enden werde. Sie zeigten sich ebenso, als es trotz München mit seinem Affront für die Sowjets und nach dem Einmarsch Hitlers an den Iden des März 1939 in Prag, zu den englisch-französisch-russischen Verhandlungen am Vorabend des Zweiten Weltkrieges kam. Diese scheiterten an der sowjetischen Forderung eines Garantiesystems auch gegen den Willen der zu Beschützenden, womit tatsächlich die Herrschaft des Ostens über die

Staaten der Zwischenzone und auf dem Wege der Verteidigung gegen sogenannten „indirekten“ Angriff jede Möglichkeit sozialrevolutionärer Intervention gegeben gewesen wäre. Das Sowjetsystem so weit vordringen zu lassen und die Freiheit der Selbstbestimmung so weit zu verletzen, verweigerte der Westen. Diesen Preis konnte nur Hitler zahlen und hat damit in der Tat den Deich geöffnet. Im Grunde ist es dann ein Zufall gewesen, daß im ausbrechenden Krieg der Westen nicht gegen die beiden zunächst verbündeten totalitären Systeme gefochten hat. Um gerade einen Tag kam das Nachgeben der Finnen dem Beschluß zur Einschiffung eines für sie bestimmten englisch-französischen Hilfskorps zuvor. Und es war erst Hitlers Angriff vom Juni 1941, der Demokratie und Kommunismus in das gleiche Lager und damit zu einer Kriegs-Koexistenz nicht nur, sondern einer Kooperation geführt hat, in der die Gegensätzlichkeit der Gesellschaftsordnungen und Leitideen bewußt, und zwar von beiden Seiten, ausgeklammert wurde. Um so mehr ist sie innerhalb der in Potsdam noch bestehenden „demokratischen“ Einheitsfront über der polnischen Frage und erst recht seit 1947/48, seit der Berliner Blockade und dem Prager Coup, zu einem beherrschenden Faktor geworden. Die russische Außenpolitik kehrte vom „patriotischen“ Krieg zur aktiven Unterstützung des revolutionären Kommunismus in anderen Ländern zurück und von der Abwehr der „faschistischen Horden“ zur territorialen Expansion der zaristischen Zeit. Wo beides zusammentraf, Kontrolle durch die Rote Armee und von Moskau gelenkte Stoßkraft von Minoritäten, d. h. in Ost- und Südosteuropa bis nach Mitteldeutschland hinein, war der Sieg leicht, der deshalb doch nicht nur Nebenprodukt des militärischen Erfolges war und nicht nur traditionellen Zielen des russischen Imperialismus diente. Mit Hilfe seiner direkten innerpolitischen Frontstellung ging er über alle geschichtlichen Präzedenzfälle weit hinaus. Auch konnten die Ansatzpunkte wechseln, und die Methoden waren beweglich. Die indirekten in Ost- und Südostasien, dazu heute im Nahen Orient und in Afrika, führten auf die Länge hin zu noch weiter reichenden Perspektiven. Sie schlossen Atempausen und zeitweilige Kooperation nicht aus und waren unverkennbar doch beflügelt von der Erwartung, daß das kapitalistische System und die ihm entsprechenden Gesellschafts- und Herrschaftsformen die Elemente einer allgemeinen Krise in sich enthielten und früher oder später an ihren Widersprüchen zugrunde gehen würden. Man begann sich im Westen des Lenin-Wortes zu erinnern, daß die Existenz der Sowjetrepublik an der Seite imperialistischer Staaten auf weite Sicht hin unvorstellbar sei. „Die eine oder andere gesellschaftliche Form muß schließlich triumphieren.“ Vor solcher Perspektive und den täglichen Erfahrungen zerstob die Illusion der „einen Welt“.

Die kritische Wende geschah wiederum in einem Bürgerkrieg, diesmal im griechischen. Er gab den Anlaß zur Verkündung der Truman-Doktrin im Frühjahr 1947, welche die Abwehr jeder weiteren Ausdehnung des Sowjeteinflusses proklamierte. Man kann dieses Programm des „Containment“ sehr wohl der Metternichschen Stabilitätspolitik vergleichen, nur daß die Dimensionen, der soziale Gehalt und der geographische Rahmen, sich allerdings grundlegend verschoben hatten. Als geistiger Vater des Containment wird George F. Kennan angesehen, der heute einer der

realistischsten Befürworter der Koexistenz ist. Es mag hervorgehoben werden, daß er schon in seinem programmatischen Artikel von 1947 nicht nur die Einigkeit der westlichen Nationen als eine entscheidende Voraussetzung der Befriedung forderte und nicht nur auf langfristige Möglichkeiten des Wandels in der sowjetischen Gesellschaft verwies. Er sprach auch unmißverständlich von einer wohlthätigen „Herausforderung“, indem die Abwehr nur berechtigt und in ihrer Wirkung auf den freiheitlich gesinnten Teil der Welt nur von Aussicht sei im Bewußtsein eigener Werte und in aktiver Widerlegung der These vom Verfallscharakter der kapitalistischen Welt.

Es wird nicht nötig sein, auf die Etappen der Eindämmungspolitik, ihre Kopplung mit dem Marshallplan, die Gegenfront der Kominform, die beiderseitigen Blockbildungen bis zum Nordatlantikpakt vom März 1949 und die in die Formen des kalten Krieges eingebaute Propaganda zu verweisen. Soweit sie vom Westen betrieben worden ist, hat sie nie in der Illusion sich ergehen können, es sei eine Wiederherstellung vorrevolutionärer Gesellschaftszustände in der Sowjetunion oder die Rückverwandlung etwa des Staatskapitalismus in Privatkapitalismus möglich. Sie zielte wesentlich auf die unterworfenen europäischen Völker, auf die Mißachtung der Menschenrechte, auf die antireligiösen Verfolgungen, auf Polizeiwillkür, kurz auf die Wiederherstellung humaner Existenz im kommunistischen System. Auch in diesem begrenzten Sinn hätte die gelegentlich angerufene „Zurückrollung“ nie mit Restauration verwechselt werden dürfen. In der Tat sind die autonomen Freiheitsbewegungen hinter dem Vorhang, am 17. Juni 1953 in der Zone und neuerdings in Posen, nicht an einer theoretisch-gesellschaftspolitischen Front und gewiß nicht unter Einwirkung westlicher Agenten aufgebrochen, sondern elementar an den Grenzen des menschlich Zumutbaren, gewissermaßen im dialektischen Umschlag: als Aufstand zunächst wesentlich von Arbeitern gegen die Pervertierungen und Dehumanisierungen des Sozialismus, der sie einst zu befreien versprochen hatte. Darin liegt im Einklang mit dem zu Beginn Gesagten auch für unser Spezialthema ein wichtiger Orientierungspunkt.

Aber zunächst sind noch andere Entwicklungen einzutragen, die das Bild der Gegenwart bestimmen und dem Problem der Koexistenz innerhalb einer Polarität der gesellschaftlichen Ordnungen neue Akzente gegeben haben. Wiederum war das Signal ein Bürgerkrieg, als der ja der koreanische entstand. Ob eine beweglichere Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Rotchina ihn hätte vermeiden können, ist eine ernstlich zu stellende Frage. Wie die Dinge lagen, war es die scharfe Zerteilung gesellschaftlicher Systeme und dazu die Machtentblößung Südkoreas, die ihn hervorriefen. Sein höchst zweischneidiger Ausgang hat wohl gezeigt, daß bei entsprechender Bereitschaft militärische Abwehr kommunistischer Aggression durchführbar ist, was dann freilich für Indochina als rein koloniales Gebiet schon nicht mehr galt, aber in der Mitte des europäischen Kontinents als unverzichtbare Forderung gegenüber möglichem Handstreich fortbesteht. Er hat zugleich aber gezeigt, daß das Besterreichbare ein Gleichgewicht ist, bzw. das Erreichen einer Grenze, an der der Übergang zu atomaren Waffen, taktischen zuerst und unver-

meidlicherweise dann auch strategischen, den Boden wegziehen würde, auf dem das Recht zur Verteidigung der Freiheit beruht, daß dieser Übergang die Substanz zu vernichten droht, um die gekämpft wird. Und weiter hat ja dann in den Jahren danach der Wettlauf und schließlich das tote Rennen um die Ausbildung und Intensität der Wasserstoffbombe zu dem Punkt geführt, an dem für den Westen der Vorsprung und damit die Aussicht auf Friedensbewahrung durch Abschreckung ebenso hinfällig geworden ist wie für den Osten die Aussicht, diese Waffe je zu nutzen, ohne alles, was die Revolution errungen hat oder zu erringen verspricht, aufs Spiel zu setzen. Ja zu dem Punkt, wo schon die experimentelle Vorbereitung für den Tag X – man muß heute wohl sagen die Minute X – das Leben in weiten Bereichen zu gefährden droht und in der letzten denkbaren Folge die Erde unbewohnbar machen würde. Insofern ist Koexistenz in einem unerhört drastischen Sinn und weit über jeden Präzedenzfall hinaus erzwungener Verzicht auf an sich gegebene, aber selbstmörderische Mittel der Vernichtung.

Es bleibt die Frage, ob sie mehr als das Negative sein kann, mehr auch als eine die gefährliche Zuspitzung vermeidende weichere Tonart oder ein Austausch internationaler Höflichkeiten, — die Frage also, ob sie ein Übergang wiederum ist zu einer Abschwächung der Alternativen, etwa im Zuge der gemeinsamen Probleme, die mit dem, was man heute die zweite industrielle Revolution nennt, sich ergeben, eine Auflockerung der Polarität zu einer beweglicheren Vielfalt, zu echter Konkurrenz, bei der für menschliche Werte freierer Spielraum entsteht. Einen gewissen Ansatz wird man in der Tatsache der dritten Gruppe, der troisième force mit dem Zentrum in New-Delhi, erblicken dürfen, die der sogenannten aktiven Koexistenz, d. h. der Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen außerhalb des Ost-West-Gegensatzes, und daher keinem der beiden Systeme verschrieben ist. Die Bandung-Konferenz vom Sommer letzten Jahres hat ja bei aller Schärfe der Stellung gegen Reste der europäischen Kolonialregime und der Kolonialgesinnung sich nicht weniger entschieden gegen den in kommunistischem Gewand vorrückenden russischen Imperialismus erklärt. Ein indischer Diplomat hat kürzlich Kolonialismus und Kommunismus zwei Seiten, zwei Extreme des Materialismus genannt. Und Nehru hat sich vom Kommunismus als einer für Indien „reaktionären“ Bewegung, die sich nur revolutionär gebärdet, deutlich distanziert. Wenn dieser Bewegung materielles Elend einer Massenbevölkerung und messianische Elemente der orientalischen Religionen entgegenkommen, so ist doch nicht zu übersehen, daß es der Westen war, der die Impulse der Freiheit, der Selbstbestimmung und der sozialen Reform in diesen weiten Gebieten eingepflanzt hat. Hier geht es nicht darum, wer mehr Geld investiert oder den besseren Staudamm baut, sondern welches Gesellschaftsbild das werbendere ist. Hier besteht eine echte Herausforderung.

Es fehlt nicht an Symptomen, daß diese Ansicht in der westlichen Welt an Boden gewinnt. Die Weiß-Schwarz-Manier und die Kreuzzugsideologie sind aus guten Gründen in Mißkredit gekommen, ohne daß deshalb, wie allerdings zu betonen sein wird, eine Erweichung im Prinzipiellen einzutreten braucht. George F. Kennan, der schon im Zusammenhang mit der Eindämmungspolitik erwähnt wurde, hat vier

Jahre später in einem nicht weniger programmatischen Artikel davor gewarnt, gegenüber der Sowjetunion den Fehler zu wiederholen, den man dem Dritten Reich gegenüber in der Identifizierung von Regierung und Volk begangen habe. 90 Prozent der gesellschaftlichen Zustände in Rußland, so glaubte er sagen zu dürfen, gingen das Ausland nichts an, sie würden zudem nicht Bestand gehabt haben, wenn sie nicht auch ihr unter spezifischen Bedingungen sehr Positives hätten. Die zehn Prozent, die Koexistenz zum Problem machten, seien der totalitäre, der despotisch-grausame Charakter der Apparatur und die Unterjochung von Völkern, die Fähigkeit und Instinkt der Selbstbestimmung hätten. Man wird diese realistische Eingrenzung des Gegensatzes nicht mit dem Zynismus einer sogenannten Realpolitik verwechseln wollen, die alle sozialen Leitbilder in ideologische Scheinparolen verdünnt sieht und selbst in der Absage an jede verbindliche Norm endet. So mag es interessieren – und auch das noch einmal im Sinn des Gedenkens an den 20. Juli –, daß Kennan das eingangs zitierte Wort des Grafen Moltke von der Wiederherstellung des Menschenbildes als der vordringlichen europäischen Aufgabe ausdrücklich anruft und hinzufügt: „Männer dieser Art werden bitter nötig sein, wenn die Zukunft der Region von der Elbe bis zur Beringstraße einmal wieder eine glücklichere sein soll.“

Als ein weiteres wichtiges Symptom wäre auf die Auseinandersetzung in katholisch-kirchlichen Kreisen über das Koexistenzproblem zu verweisen. In seiner Weihnachtbotschaft von 1955 hat Papst Pius XII. noch einmal den Kommunismus als „gesellschaftliches System“ und als „notwendiges Entwicklungsmoment“ der Geschichte zurückgewiesen, aber er hat vor einem Antikommunismus gewarnt, der sich in Schlagworten und der Verteidigung einer inhaltlosen Freiheit erschöpft. Vor dem internationalen Historikerkongreß des vorigen Jahres hat er ausdrücklich sich gegen die Identifizierung des Christentums mit der westlichen Welt gewandt. Sein Auftrag gehe an alle Menschen und sei deshalb an keine bestimmte Kultur gebunden.

Das sind im Grunde alte Gedanken, und sie sind gewiß fern allem Relativismus. Sie haben nichts von lähmender Indifferenz; sie betonen vielmehr, und das ist sehr viel schärfer noch von nichtoffiziellen katholischen Stimmen ausgesprochen worden, das Herausgefordertsein zu eigenem Schuldbekenntnis und zur Mitverantwortung für das Schicksal, das religiöse wie das menschliche, der Millionen, die unter atheistischer Diktatur stehen, der Verantwortung auch für die Fortbildung der eigenen Gesellschaftsordnung im Sinn inhaltvollerer Freiheit. Die eigentliche Beweislast der Koexistenz aber sieht der offiziöse Osservatore Romano der anderen Seite auferlegt. Wirkliche Entspannung hänge von dem ab, der die Spannung gewollt hat, d. h. also von der Wiederherstellung religiöser Freiheit. Nicht unähnlich hat die Gesamtsynode der Evangelischen Kirche in Berlin in diesem Jahr die Distanzierung von einem bestimmten Gesellschaftssystem und von politischen Wertvorstellungen mit dem entschiedensten Nein gegen jeden Totalitätsanspruch menschlicher Macht verbunden. Für beide Kirchen bezeichnet, so wird man vielleicht sagen dürfen, die Existenz gläubiger Menschen jenseits des Vorhangs Möglichkeit sowohl wie Grenze einer innerlich angeeigneten Koexistenz.

Hier dürfte in der Tat ein entscheidender Punkt auch für die politische Problemstellung liegen. Die Hinnahme einer Pluralität der Gesellschaftsordnungen schließt einen eigenen grundsätzlichen Standpunkt nicht aus und keinen Neutralismus in Fundamentalfragen ein. Sie kann den sozialen Bereich als ein Feld des Wettbewerbs offen lassen und doch eine klare Frontstellung beziehen gegen alles Totalitäre, gegen die Unterdrückung von Menschen wie von Völkern. Sie ist nicht gleichbedeutend mit Einlullung und Einschläferung, die über Friedensschalmeien und Wodkapartien Konzentrationslager und Liquidationskommandos vergessen läßt. Noch einmal stellen die Worte „Herausforderung“ und „Beweislast“ sich ein. In der Tat, wenn Koexistenz mehr sein soll als das tatsächliche Nebeneinander von zwei Weltparteien, deren keine die andere vernichten kann, ohne sich selbst zu zerstören, so wird sie sich nicht erschöpfen dürfen in zeitweiligen Kompromissen des Appeasement, etwa gar mit Opferung Dritter, oder in kurzfristigen politischen Handelsgeschäften – Volksfrontbildungen etwa gegen den Preis der sowjetischen Nichteinmischung in Nordafrika. Sie enthält für den Westen die Herausforderung, das eigene soziale Haus – und auch die Reste des kolonialen Hauses – in beste Ordnung zu bringen und die Fugen zu schließen, in die eine revolutionäre Gesellschaftslehre nach ihrer eigenen Dynamik immer einzudringen versucht sein wird, nach der Lehre, daß man stoßen müsse, was zu fallen scheint. Eine militärische Sicherungspolitik allein, so unverzichtbar sie sein mag, genügt dafür gewiß nicht. Und es wird für die spezielle deutsche Situation hinzuzufügen sein, daß sie die besondere Herausforderung enthält, vom Menschen her das Verhältnis zwischen zwei Sozialsystemen im gleichen Lande neu zu durchdenken und ebenso das Verhältnis zu den slawischen Nachbarvölkern.

Die volle Beweislast aber liegt bei der anderen Seite. Und sie führt auf Fragen, die gewiß nicht durch das Scherbengericht des XX. Parteitags schon beantwortet werden. Weder die Proklamierung des Führerkollektivs gegen die Diktatur eines Mannes und die Denunziation seiner Verbrechen, an denen Chruschtschow doch durch viele Jahre ebenso aktiv beteiligt war wie Himmler, als er im letzten Augenblick Hitler abzuschütteln versuchte, noch die Umschichtung der Sowjetgesellschaft mit ihren neuen Lebensansprüchen genügen, einen Wandel glaubhaft zu machen, der wirklich ans Prinzipielle rührt, in jene 10 Prozent hinein, von denen Kennan sprach, insbesondere an die Stellung des Menschen, dessen Unfreiheit institutionell so tief verankert ist. Man wird abwarten müssen, was die verheißene „Liberalisierung“ des öffentlichen Lebens praktisch bedeutet, ob tatsächlich Eigenbewegungen der kommunistischen Länder und der kommunistischen Parteien in der westlichen Welt möglich sind, aus der Moskauer zentralen Führung, auch einer elastischeren, entlassen, ob überhaupt den Kräften der Selbstbestimmung ein Raum sich öffnet. Es ist wohl keine Überschätzung des eigenen Standorts, wenn man auf Mitteleuropa und die benachbarten Satellitenstaaten als ein Hauptprüfungsfeld für die Beantwortung solcher Fragen blickt, weil hier ein totales System Menschen westlicher Prägung auferlegt worden ist. Man kann im Zeichen einer Koexistenzpolitik, die nicht den status quo verewigen, sondern mindestens auflockern will, wie es etwa

vom Eden- und Dulles-Plan gilt, Entwürfe herstellen für eine Sicherheitszone zwischen Elbe und Weichsel – mit verringerter Rüstung und wechselseitiger Defensivgarantie. Entscheidend wird doch sein, wie es in einem solchen Raum um den Menschen steht, um persönliche Freiheit wie um die Freiheit in der Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung. Auch für den Westen indessen wird es sich bei solchen Plänen nicht nur um ein Problem des diplomatischen Ausgleichs und der politischen oder militärischen Technik handeln, die gewiß zur Entspannung beitragen können. Indem er auf echten Beweisen für die Ernsthaftigkeit der Koexistenzpolitik bestehen muß, sollen nicht bitterste Erfahrungen aus dem Bereich des Appeasement gegenüber totalitären Systemen wiederholt werden, wird er selbst im Nebeneinander der Gesellschaftsformen nur bestehen, indem die Abschirmung sich verbindet mit höchst bewußter Pflege und Fortentwicklung überlieferter Werte, mit der Bereitschaft, um ihretwillen Opfer zu bringen, in der Bundesrepublik vor allem auch Opfer zum Ausgleich der sozialen Spannungen und der unterschiedlichen Lebenshaltung in einem geteilten Lande. Mehr als irgendwo sonst mündet hier das Doppelthema „Gesellschaftsordnung und Koexistenz“ in ein doppelseitiges

Hic Rhodus, hic salta!

NILS ÖRVIK

DAS ENGLISCH-NORWEGISCHE HANDELSABKOMMEN UND DIE ALLIIERTEN INTERVENTIONSPLÄNE IM RUSSISCH-FINNISCHEN KRIEG¹

Ein alter Satz besagt, daß sich Staaten immer auf den letzten vergangenen Krieg vorbereiten. Auf jeden Fall besteht kaum ein Zweifel, daß die Erfahrungen des ersten Weltkriegs einen überragenden Einfluß auf die verantwortlichen Männer der norwegischen Regierung ausübten, als in den späten 30er Jahren aufs neue Kriegsgefahr bestand. Der Premierminister Johan Nygaardsvold wie auch sein Außenminister Dr. Halvdan Koht legten offenbar besonderen Wert auf die Tatsache, daß es zwischen 1914 und 1918 nicht notwendig geworden war, die norwegische Neutralität mit Waffengewalt zu verteidigen. Die Rechte der Neutralen waren vielmehr im Felde der Wirtschaft bedroht gewesen. Norwegen mußte während des Krieges Bedingungen akzeptieren, die sich kaum noch mit seiner Neutralität vereinbaren ließen. Die meisten Norweger waren sich völlig darüber im klaren, daß ihr Nachgeben gegenüber alliierten Forderungen zu schwerwiegenden Konsequenzen geführt hätte, wenn Deutschland über genügend Machtmittel verfügt haben würde, sie zu ziehen.

Die Regierung Nygaardsvold glaubte sich demnach gerechtfertigt, wenn sie die

¹ Dieser Artikel ist eine Zusammenfassung aus einer früheren Veröffentlichung des Verfassers (Nils Örvik, *Norge i brennpunktet*, Vol. I. Grundt Tanum, Oslo 1953, 379 S.).